

# Die Stasi im weissen Kittel

Sind Mediziner Opportunisten, zeigen sie ein ausgeprägteres Anpassungsverhalten an Diktaturen als andere Berufsgruppen? Warum war der Prozentsatz inoffizieller Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) unter Ärzten mehrfach höher als in der DDR-Bevölkerung insgesamt? Eine vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung\* herausgegebene Studie wertet 493 Akten des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes aus und vertieft die Ergebnisse durch 21 Interviews mit betroffenen Informanten [1].

Zu den sozialen Errungenschaften der DDR gehörte das Recht aller Bürger auf eine kostenlose Gesundheitsversorgung. Entsprechend gross war der politische Stellenwert dieser Leistungen, die die Partei- und die Staatsführung trotz sinkender wirtschaftlicher Ressourcen nicht mehr ohne Ansehensverlust zurücknehmen konnten. Die Staatsideologie definierte 1973 den angestellten «sozialistischen Arzt» als «eine Persönlichkeit von hohem Rang und grosser gesellschaftlicher Bedeutung, welche sich durch humanistische Gesinnung, hohes Pflichtgefühl, Verantwortungsbewusstsein, ständige Einsatzbereitschaft sowie vorbildliche sozialistische Lebensweise» auszeichnet. Gleichzeitig misstraute die SED-Führung von Anfang an dieser bildungsbürgerlich geprägten Berufsgruppe mit ihrem tradierten Standesbewusstsein. Die planwirtschaftlichen Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Medikamenten und medizinischem Gerät, die Bauqualität vieler Gebäude, die damit verbundenen hygienischen Mängel und die stete Verschlechterung der Arbeitsbedingungen förderten zudem die Flucht- bzw. Ausreisewilligkeit von Ärztinnen und Ärzten. Kritische Meinungen wurden trotz der bekannten Mängel als «kleinbürgerliche Denk- und Verhaltensweisen» deklariert, die eine verstärkte Bespitzelung, Kontrolle und Indoktrination nach sich zogen. Kürzungen von Sozialleistungen kamen für die Funktionäre auch dann nicht in Frage, als die DDR-Wirtschaft in den 80er Jahren einem Kollaps entgegentrieb. Ein Informant musste nicht Parteimitglied sein, erwünscht waren eine Schlüsselposition, hohe Belastbarkeit, taktisch richtiges Verhalten und eine loyale Grundeinstellung zur Politik. Da Studienplätze für Humanmedizin knapp waren, zeigten

sich Medizinstudenten besonders anfällig für eine Zusammenarbeit. Vertreten waren alle Fachrichtungen, darunter überdurchschnittlich viele Psychiater und Sportmediziner. 169 bekleideten eine höhere Stellung als ärztliche Direktoren, Rektoren, Klinik- und Institutsdirektoren, Chef-, Bezirks- und Kreisärzte. Beobachtet wurden in erster Linie Kollegen, dann Ausländer, Patienten, Verwandte/Bekannte, Studenten, kirchliche Kreise, Sportler, Soldaten, Parteiangehörige und Strafgefangene. Die Verletzung der Schweigepflicht durch die Weitergabe von Patientengesprächen und Krankenunterlagen, das Verfassen von Gutachten oder die Qualifikation von Mitarbeitenden wurden meistens durch materielle Vorteile oder Privilegien belohnt. Die Tätigkeit der Ärzte bot dem MfS viele Vorteile, da dieser Beruf tiefe Einblicke in das Privatleben normaler Bürger, aber auch das von Funktionären, Leistungssportlern, Armee- und Polizeiangehörigen ermöglichte. Ein Ausstieg war möglich und bedeutete aus damaliger Sicht ein Risiko, wobei die wenigsten wussten, dass der Abbruch der inoffiziellen Beziehung meist folgenlos blieb. Nur eine Minderheit wurde mit dem Entzug der Approbation, mit Haft oder anderen Disziplinarmaßnahmen bestraft. Die Studie betont, dass viele Führungsoffiziere das ausgeprägte Konkurrenzverhalten und die häufigen Auseinandersetzungen von Medizinern innerhalb des Hierarchiegefüges für ihre Zwecke ausnützen konnten.

Sieben Prozent der 493 ermittelten IM-Ärztinnen und -Ärzte begingen bis 1989 «Republikflucht» oder reisten in die BRD aus. Alle konnten nach der Wende unbehelligt weiterpraktizieren, teilweise lukrative Anstellungen finden oder sich gesundheitspolitisch engagieren. Ihre Vergangenheit als IM wurde nie überprüft. Im Gegensatz zu Lehrern und/oder Angestellten in staatlichen Institutionen hatten ihre Verfehlungen, mit zum Teil gravierenden Folgen, keine persönliche Konsequenzen. Die Autorin Dr. Francesca Weil hat 103 der 493 betroffenen Spitzel um ein vertrauliches Interview gebeten, doch nur 24 reagierten und 5 lehnten ab. Scham und Schuldbewusstsein sind auch da eine seltene Ausnahme.

*Erhard Taverna*

\* Hannah-Arendt-Institut an der Technischen Universität, Helmholtzstrasse 6, D-01069 Dresden, [www.hait.tu-dresden.de](http://www.hait.tu-dresden.de).

1 Weil F. Zielgruppe Ärzteschaft. Ärzte als inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Göttingen: V&R unipress; 2008. 308 Seiten.